

# 25 Köpfe, die einen Konsens finden müssen

**Standpunkte** Da sich die neuen Landtagsabgeordneten bereits im Zuge des Wahlkampfs auf wahlhilfe.li zu über 50 Themen geäußert haben, lässt sich erahnen, welche Linie die Abgeordneten verfolgen könnten. Bei Themen, die früher oder später auf den Landtag zukommen, sieht es teils vielversprechend aus.

VON MICHAEL WANGER

Wohl jedem Wähler ist es ein Anliegen, dass die Abgeordneten im Landtag seine Interessen vertreten. Damit die Stimmbürger auch die richtige Wahl treffen, konnten sie sich auf wahlhilfe.li einen Überblick über die Positionen aller 75 Kandidaten verschaffen. Im Vorfeld zu den Landtagswahlen hatte ein Grossteil der Anwärter 53 zukunftsweisende Fragen beantwortet, die später für die Wähler einsehbar waren. Nun, nach den Wahlen, hat sich die Zahl von 75 Kandidaten auf 25 Abgeordnete reduziert. Die neuen Landtagsabgeordneten stehen damit fest - zumindest so gut wie - denn die amtliche Bestätigung lässt weiterhin auf sich warten. Sollte sich am Resultat nichts mehr ändern, lässt sich jetzt aber abschätzen, welche Themen in der bevorstehenden Legislatur eine Chance haben und welche weniger. Manche davon werden in den kommenden Jahren nämlich mit Sicherheit vor den Landtag kommen.

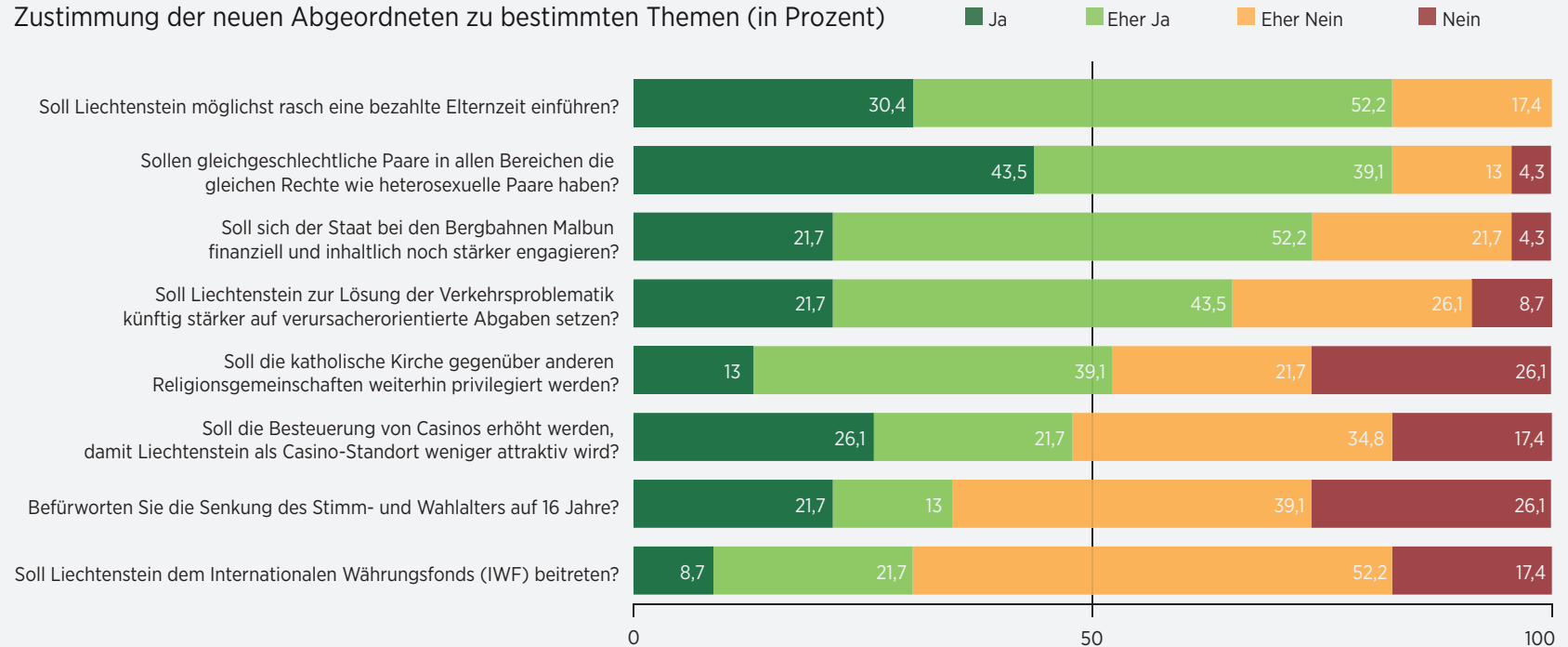
Das Liechtenstein-Institut hat die Antworten der Kandidaten deshalb auf Anfrage neu gewichtet. Die Prognose seien laut Christian Frommelt jedoch mit Vorsicht zu geniessen, denn zwei der Abgeordneten haben die Fragen nicht beantwortet. Zudem waren teilweise auch ungünstige Antworten dabei.

## Daumen hoch für zwei Sozialthemen

Zwei Resultate stechen - unabhängig von einer möglichen Fehlerquote - ins Auge: Sowohl die Gleichberechtigung homosexueller Paare als auch eine bezahlte Elternzeit haben im neuen Landtag sehr gute Chancen. Bei ersterem Thema gaben rund 44 Prozent aller Abgeordneten an, eine entsprechende Auflage überzeugt durchzuwinken. Weitere 39 Prozent

## Wie stehen die Abgeordneten zu ...?

Zustimmung der neuen Abgeordneten zu bestimmten Themen (in Prozent)



Quelle: Wahlhilfe.li/Liechtenstein-Institut; Grafik: «Volksblatt», df

tendieren zumindest eher zu einem Ja. Auch die bezahlte Elternzeit würde im Landtag grossen Anklang finden: Fast jeder dritte Parlamentarier befürwortet dieses Thema, während sich jeder zweite voraussichtlich auch dafür aussprechen würde.

In den kommenden vier Jahren wird der Landtag wahrscheinlich auch über die Zukunft der Bergbahnen Malbun entscheiden. Im Oktober 2020 schlug die Regierung nämlich vor, das Unternehmen zu verstaatlichen - oder zumindest mehr Mitspracherecht zu erhalten. Wenn dieses Thema erneut vor das Parlament kommt, würden rund 22 Prozent Ja stimmen. 52 Prozent tendieren immerhin unter Vorbehalt zu einem Ja.

Früher oder später wird auch die Frage im Raum stehen, ob der Staat die Verursacher der Verkehrsproblematik stärker zur Kasse bitten soll. Jeder fünfte Abgeordnete würde diesem Vorschlag zustimmen, rund 44 Prozent eher.

## Hier könnte es spannend werden

Gewisse Themen werden sicherlich für reichlich Gesprächsstoff im Hohen Haus sorgen. Geht es beispielsweise darum, die Casinos stärker zu besteuern, sind die Abgeordneten geteilter Meinung - und zwar ziemlich exakt: 17 Prozent sind klar dafür, 35 Prozent auch eher (also insgesamt 52 Prozent).

Sollte der Landtag in der Legislatur 2021 bis 2025 zudem die Trennung

von Kirche und Staat neu aufrollen, werden sich die Abgeordneten wohl auch nicht schnell einig. Denn ebenfalls 52 Prozent (13 Prozent «ja», 39 Prozent «eher ja») befürworten es, dass die katholische Kirche in Liechtenstein im Vergleich zu anderen Religionen weiterhin privilegiert bleibt.

## Wohl zum Scheitern verurteilt

Es gibt aber auch aktuelle Themen, die im neuen Landtag unter keinem guten Stern stehen. Pünktlich zur ersten Sitzung des Landtags im Mai will die Junge Liste ihre Petition zum Wahl- und Stimmrecht ab 16 Jahren einreichen. Zwei von drei Abgeordneten können diesem Vorschlag jedoch nicht viel abgewinnen, denn 39 Prozent werden «eher» dagegen

stimmen, jeder Vierte sogar mit Sicherheit.

Noch weniger Zustimmung erhält ein allfälliger Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF). Als Mitglied wäre Liechtenstein zwar besser vor Finanzkrisen gewappnet, doch fast 70 Prozent aller Abgeordneten (17,4 Prozent «nein», 52,2 Prozent «eher nein») halten einen Beitritt für wenig zielführend - obwohl der scheidende Regierungschef, Adrian Hasler, im vergangenen Juni das Gegenteil behauptete.

Wie es auch kommen mag, in den nächsten vier Jahren wird der Landtag wieder grosse politische Herausforderungen meistern müssen. Welche das am Ende sind, bleibt abzuwarten.